sonstigen Träger öffentlicher Belange keine Anregungen und Bedenken vorgetragen haben.

Der in Anlage XV zur Sitzungsvorlage Nr. IX/499 beigefügte Bebauungsplanentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Am Schlee“ im Ortsteil Holtwick wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 29.06.2016 hat der Rat der Gemeinde Rosendahl die Durchführung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Am Schlee“ im Ortsteil Holtwick beschlossen. Es wurde der Aufstellungsbeschluss gefasst sowie die vorgezogene Öffentlichkeitsbeteiligung und frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen. Auf die Sitzungsvorlage Nr. IX/374 wird verwiesen.

In seiner Sitzung am 15.12.2016 hat der Rat über die in der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen abgewogen und den Beschluss zur öffentlichen Auslegung gefasst. Auf die Sitzungsvorlage Nr. IX/444 wird verwiesen.

Folgende Schritte wurden daher in diesem Verfahren durchgeführt:

	Anschreiben / Bekanntmachung	Zeitraum	eingegangene Stellungnahmen			
			Abwägung erforderlich	Anlage	Abwägung <u>nicht</u> erforderlich	Anlage
Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB	Bekanntmachung am 06.07.2016 im Amtsblatt	14.07.2016 bis 15.08.2016	3	I bis III	-	-
Beteiligung der TöB gem. § 4 Abs. 1 BauGB	Schreiben vom 07.07.2016	bis zum 15.08.2016	6	IV bis IX	13	XIII
Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Bekanntmachung am 20.12.2016 im Amtsblatt	28.12.2016 bis 30.01.2017	-	-	-	-
Beteiligung der TöB gem. § 4 Abs. 2 BauGB	Schreiben vom 21.12.2016	innerhalb eines Monats	3	X bis XII	8	XIII

Die entsprechenden Beschlussvorschläge sind den Stellungnahmen in den vorgenannten Anlagen beigefügt.

Nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss hat der Rat hierüber zu beschließen. Dieses kann einzeln oder auch zusammengefasst erfolgen.

Die bereits gefassten Beschlüsse zu den Stellungnahmen, die in den Beteiligungsverfahren nach § 3 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung) und § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Behördenbeteiligung) eingegangen waren, sind zu bestätigen.

Ein Teilbereich des Plangebietes soll über den Waldweg an die Legdener Straße

(B 474) erschlossen werden. Dazu ist es erforderlich, den Einmündungsbereich auszubauen. Zur Regelung der rechtlichen und technischen Einzelheiten wurde vom Landesbetrieb Straßenbau NRW der Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung gefordert. Diese Vereinbarung auf Grundlage des Ausbautentwurfs wird zwischen dem Landesbetrieb und der Gemeinde Rosendahl bis zum Satzungsbeschluss geschlossen.

Im Rahmen der Niederschlagswasserbeseitigung hat mit dem Kreis Coesfeld im Januar ein Gespräch bezüglich des Entwässerungskonzeptes des Baugebietes stattgefunden. Daraufhin wurde das Entwässerungskonzept überarbeitet. Es ist in **Anlage XIV** beigefügt.

Der Ausgleich der Biotopwertpunkte ist bis zum Satzungsbeschluss gesichert.

Der Erschließungsvertrag zwischen der Gemeinde und den Investoren wird ebenfalls bis zum Satzungsbeschluss geschlossen.

Folgende Gutachten / Unterlagen, die ebenso Grundlage dieser Planung sind:

- Artenschutzrechtliche Prüfung, Büro ökon, Münster
- Protokoll-Nr. 01 zur Ausgleichsplanung Schleestraße 30, multifunktionaler Steinkauzausgleich, Büro ökon, Münster
- Geruchsgutachten, Ingenieurbüro Richters & Hüls, Ahaus
- Schalltechnisches Gutachten, Ingenieurbüro Richters & Hüls, Ahaus

liegen bereits vor (Sitzungsvorlage Nr. IX/374 bzw. Sitzungsvorlage Nr. IX/444). Sie werden in der Sitzung zur Einsichtnahme bereitgehalten.

Der Bebauungsplanentwurf ist in **Anlage XV** beigefügt.

Verfahrenstechnisch ist nun der Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB zu fassen. Dieser ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Im Auftrage:

Im Auftrage:

Kenntnis genommen:

Schlüter
Sachbearbeiterin

Brodkorb
Fachbereichsleiterin

Gottheil
Bürgermeister

Anlage(n):

Anlage I: Stellungnahme eines Bürgers vom 08.04.2016 mit Ratsbeschluss vom 15.12.2016

Anlage II: Stellungnahme eines Bürgers vom 11.08.2016 mit Ratsbeschluss vom 15.12.2016

Anlage III: Stellungnahme eines Bürgers vom 20.04.2016 mit Ratsbeschluss vom 15.12.2016

Anlage IV: Stellungnahme des Kreises Coesfeld vom 09.08.2016 mit Ratsbeschluss vom 15.12.2016

Anlage V: Stellungnahme der Bezirksregierung Münster, Dez. 54 Wasserwirtschaft, vom 27.07.2016 mit Ratsbeschluss vom 15.12.2016

Anlage VI: Stellungnahme der Stadtwerke Coesfeld GmbH vom 09.08.2016 mit Ratsbeschluss vom 15.12.2016

Anlage VII: Stellungnahme der Telekom Technik GmbH vom 09.08.2016 mit Ratsbeschluss vom 15.12.2016

Anlage VIII: Stellungnahme des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr vom 19.07.2016 mit Ratsbeschluss vom 15.12.2016

Anlage IX: Stellungnahme des Landesbetriebes Straßenbau NRW vom 11.08.2016 mit Ratsbeschluss vom 15.12.2016

Anlage X: Stellungnahme des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr vom 02.01.2017 mit Beschlussvorschlag

Anlage XI: Stellungnahme des Kreises Coesfeld vom 23.01.2017 mit Beschlussvorschlag

Anlage XII: Stellungnahme des Landesbetriebes Straßenbau NRW vom 24.01.2017 mit Beschlussvorschlag

Anlage XIII: Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die keine Abwägung erforderlich machen

Anlage XIV: Entwässerungskonzept, Büro UPlan, Dortmund

Anlage XV: Bebauungsplanentwurf